

Rechtsextremismus Verfassungsschutz mit „Eigenleben“

In der Affäre um V-Mann „Corelli“ aus dem Umfeld des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) gerät Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen stärker unter Druck. Innenminister Thomas de Maizière (CDU) schickt Aufsichtsbeamte nach Köln, das Parlamentarische Kontrollgremium des Bundestags setzt Sonderermittler Jerzy Montag in Marsch. Er soll bis Juli Ergebnisse liefern.

In der SPD heißt es, der Verbleib Maaßens im Amt hänge auch davon ab. Maaßen hat diese Woche einen schweren Fehler einräumen müssen: Im Panzerschrank eines V-Mann-Führers hatten Kollegen Sim-Karten entdeckt, die der einstigen Topquelle Thomas R. alias „Corelli“ gehörten. Es war bereits der dritte auffallend späte Fund von Datenträgern aus dem Besitz des staatlich alimentierten Neonazis. 1995

hatte „Corelli“ den späteren NSU-Terroristen Uwe Mundlos getroffen. Etliche Jahre vor Auffliegen des NSU hatte „Corelli“ dem Verfassungsschutz eine CD mit der Aufschrift „NSU/NSDAP“ übergeben. Sie wurde erst 2014 entdeckt. Kurz bevor Ermittler „Corelli“ dazu befragen konnten, starb dieser – an einem Zuckerschok. Jüngst tauchte im Bundesamt ein angeblich über Jahre hinweg übersehenes Handy „Corellis“ auf, mit Kontaktdaten ins NSU-Umfeld. Heikel für Maaßen: Seine eigenen Leute ließen ihn über den Fund tagelang im Unklaren. Die nun entdeckten Sim-Karten „Corellis“ hatte dessen ehemaliger V-Mann-Führer in einem Ordner mit Rechnungen versteckt. Maaßen spricht intern von einem „Eigenleben“ seiner Behörde.

Der NSU-Untersuchungsausschuss im Düsseldorfer Landtag wollte den V-Mann-Führer jüngst befragen. Der Verfassungsschutz verweigerte diesem jedoch eine Aussagegenehmigung. jös, mba, mkn

Bundespräsident Merkel will eigenen Kandidaten

Die Union will bei der Wahl zum nächsten Bundespräsidenten mit einem eigenen Kandidaten antreten, falls Joachim Gauck, 76, keine zweite Amtszeit anstrebt. Bundeskanzlerin Angela Merkel wisse, dass die Partei das von ihr erwarte, heißt es in ihrem Umfeld. Kurz vor der Bundestagswahl könne die Union aus taktischen Gründen weder einen gemeinsamen Kandidaten mit der SPD noch mit den Grünen präsentieren. Als aussichtsreicher Bewerber aus

Unionsreihen gilt Bundestagspräsident Norbert Lammert. Er würde von der Fraktionspitze mitgetragen und könnte auch mit der Unterstützung der CSU-Führung rechnen. Gaucks Amtszeit endet im kommenden Jahr. In der Union rechnet man damit, dass das Staatsoberhaupt aus Altersgründen nicht weitere fünf Jahre im Amt bleiben will. Die Union hätte in der Bundesversammlung, die den Präsidenten wählt, keine absolute Mehrheit. Sie müsste darauf hoffen, ihren Kandidaten im dritten Wahlgang durchzusetzen, in dem die relative Mehrheit reicht. ran



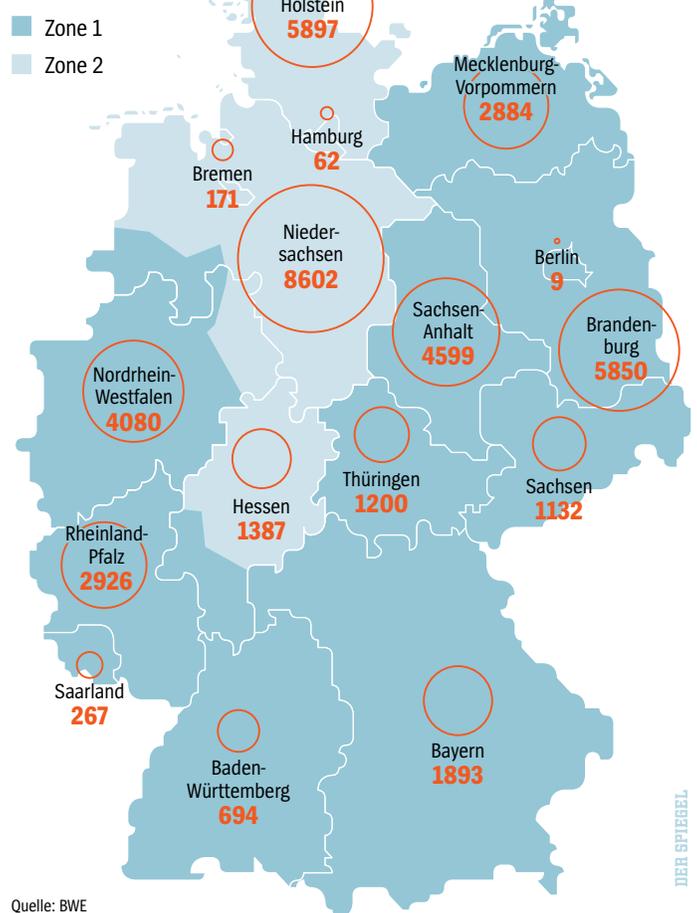
Gauck,
Lammert

WOCRAW / FACE TO FACE

Onshore-Windenergieanlagen

Installierte Nennleistung in Megawatt, 2015

Mögliche Aufteilung der Windkraftzonen:



Quelle: BWE

DER SPIEGEL

Windkraft Neue deutsche Zonen

Weil der Ausbau der Netze stockt, kann Strom aus deutschen Windparks immer häufiger nicht abtransportiert werden. Deshalb haben sich die Ministerpräsidenten der Länder, die Bundeskanzlerin und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) bei ihrem Treffen diese Woche darauf geeinigt, Deutschland in zwei Zonen aufzuteilen: In Zone 1 (siehe Abbildung) soll das Gros der jährlich 2800 Megawatt neuer Windkraftkapazitäten errichtet werden. In Zone 2 darf in den kommenden Jahren nur noch ungefähr ein Drittel weniger an Windkraftleistung aufgebaut werden als im Durchschnitt der letzten drei Jahre, um die Netze nicht noch stärker zu belasten. Die Windkraftzonen sollen Teil der Eckpunkte des künftigen Erneuerbare-Energien-Gesetzes sein, die Gabriel am kommenden Mittwoch ins Bundeskabinett einbringen will. Demnach soll die ausgeschriebene Windleistung ab 2020 auf jährlich 2900 Megawatt steigen. Bei den Eckpunkten zum Ausbau der Biomasse-Anlagen hat sich Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer durchgesetzt. Nachdem Gabriel ursprünglich nur jährlich 100 Megawatt neuer Leistung aus biologischen Abfällen genehmigen wollte, hat ihm der CSU-Chef für die nächsten drei Jahre 150 Megawatt abgetrotzt. Anschließend soll der für die Stromkunden kostspielige Ausbau auf 200 Megawatt steigen. gt